



LAG Freie Wohlfahrtspflege, Gruppenstr. 4, 30159 Hannover,

Fon: 0162/7729920

Netz: www.landesarmutskonferenz-niedersachsen.de

Mail: fabian.steenken@landesarmutskonferenz-nds.de

Pressemitteilung

Landesarmutskonferenz Niedersachsen warnt vor Wohngeldkürzungen: Familien und Kinder zahlen den Preis

Hannover, 22.07.2026

Die Landesarmutskonferenz Niedersachsen (LAK) kritisiert die geplante Reform des Wohngeldes scharf. Nach den Plänen der Bundesregierung sollen künftig mehr als zwei Milliarden Euro jährlich beim Wohngeld eingespart werden

Fabian Steenken Geschäftsführer der Landesarmutskonferenz Niedersachsen erklärt:
„Wer das Wohngeld kürzt, riskiert den sozialen Absturz hunderttausender Menschen. Wohnen entscheidet darüber, ob Menschen ein sicheres Zuhause haben oder in existenzielle Not geraten. Sie sind ein Angriff auf die soziale Sicherheit von Kindern, Familien, Alleinerziehenden, Rentnerinnen und Rentnern sowie Menschen mit geringem Einkommen.“

Nach den Plänen der Bundesregierung soll rund ein Drittel der bisher etwa 1,2 Millionen Wohngeldhaushalte den Anspruch vollständig verlieren. Gleichzeitig wird die Heizkostenkomponente halbiert. Damit sinkt die Unterstützung selbst für diejenigen, die weiterhin Wohngeld erhalten. Eine Sonderauswertung des Statistischen Bundesamts im Auftrag des Paritätischen Gesamtverbands zeigt, dass die größte

betroffene Gruppe Kinder sind. Insgesamt leben rund 2,25 Millionen Menschen in Wohngeldhaushalten. Mehr als 42 Prozent von ihnen sind Kinder oder Jugendliche in Schule oder Ausbildung.

Aus Sicht der LAK sind die steigenden Ausgaben für das Wohngeld jedoch nicht die Ursache des Problems, sondern eindeutiges Marktversagen. Über Jahre haben vor allem private Wohnungsunternehmen und Investoren von steigenden Mieten und Immobilienwerten profitiert, während der Bestand an Sozialwohnungen kontinuierlich zurückgegangen ist. Die Antwort auf explodierende Wohnkosten kann deshalb nicht sein, die Unterstützung für einkommensarme Haushalte zu kürzen. Vielmehr muss der Staat seiner Verantwortung gerecht werden und wieder selbst in großem Umfang bezahlbare und dauerhaft sozial gebundene Wohnungen schaffen. Nur so lassen sich die Wohnkosten langfristig senken und der Bedarf an immer höheren Wohngeldleistungen nachhaltig reduzieren.

„Die Bundesregierung bekämpft nicht die Wohnungsnot, sondern die Menschen, die unter ihr leiden. Wohngeld ist nicht das Problem, sondern der Rettungsanker für Millionen Menschen, weil der Wohnungsmarkt seit Jahren versagt. Wer diesen Rettungsanker kürzt, verschärft die Krise. Die eigentliche Antwort kann nur sein, ausreichend bezahlbaren Wohnraum zu schaffen“, so Fabian Steenken, Geschäftsführer der Landesarmutskonferenz Niedersachsen.

Die LAK fordert angesichts dieser Entwicklung einen grundlegenden Kurswechsel in der Wohnpolitik:

- massive Investitionen in den sozialen und gemeinnützigen Wohnungsbau,
- den Aufbau eines deutlich größeren Bestands öffentlicher, dauerhaft preisgebundener Wohnungen
- wirksame Maßnahmen gegen überhöhte Mieten
- Wiedereinführung der Vermögenssteuer

Infos:

Die Landesarmutskonferenz LAK Niedersachsen wurde 1995 gegründet. Sie ist ein Zusammenschluss von Verbänden, Gewerkschaften und Initiativen.

Mit der Bitte um Berichterstattung und freundlichen Grüßen

Fabian Steenken – LAK-Geschäftsführer

Kontakt: 0162/ 7729920

